

## Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn.

Von Friß Baljavec (München).

Der Anteil des deutschen Bürgertums an der deutschen Bewegung Vorkriegsungarns ist bisher überwiegend ungünstig beurteilt worden. In der Tat bietet die Geschichte des südoostdeutschen Bürgertums im 19. Jh. den Anblick eines beispiellosen Verfalles. Noch am Anfang des Jahrhunderts in vielen Städten zahlenmäßig und kulturell führend, sank es im Laufe weniger Jahrzehnte zu einer geradezu vollständigen Bedeutungslosigkeit herab und wurde in den meisten Fällen, abgesehen von einigen Städten der Randgebiete im Süden, Westen und Norden des Landes, vollständig aufgerieben. Zweifellos läßt dieser starke Rückgang eine mangelnde Widerstandskraft des deutschen Bürgertums erkennen. Es darf aber dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß die tieferen Ursachen weiter zurückliegen, in der Entwicklung des 17. und 18. Jh.s zu suchen sind und daß die vollkliche Widerstandskraft städtischer Sprachinseln allgemein als gering bezeichnet werden muß. Seitens der ungarischen Forschung wurde immer die Ansicht vertreten, daß das deutsche Bürgertum der Städte sich freiwillig aus eigenem Antrieb dem Madjarentum angeschlossen hätte, daß das Deutschtum der städtischen Siedlungen durch den Schwung des ungarischen Nationalismus mitgerissen, zuerst politisch, gefühlsmäßig, dann auch sprachlich dem Madjarentum angeglichen worden sei. Diese stark verallgemeinernde Auffassung läßt sich ebensowenig wie die Meinung halten, daß das deutsche Bürgertum etwa einer zwangsweisen Entvölklichung zum Opfer gefallen sei. Gegen die erste Auffassung spricht die Tatsache, daß wir nahezu in jeder Stadt Vorkriegsungarns im Laufe des 19. Jh.s Zeichen völkischen Abwehrwillens wahrnehmen können. Die zweite Anschauung wiederum wird dadurch widerlegt, daß etwa bis 1867 von der Anwendung nennenswerter Druckmittel auf das deutsche Element der Städte nicht gesprochen werden kann, während anderseits der Vorgang der Umvölkung bis zu diesem Zeitpunkt bereits im wesentlichen abgeschlossen und der weitere Verlauf vorgezeichnet war.

Es ist nicht meine Absicht, im Rahmen dieser Studie auf die Ursache dieses Rückganges einzugehen. Ich möchte mich lediglich auf einige Hinweise beschränken, die den Anteil des deutschen Bürgertums am Entstehen der deutschen Bewegung in Vorkriegsungarn beleuchten.

Es kommt mir daher nicht darauf an, den verschiedenen Regungen des deutschen Bewußtseins in den Städten in der ersten Hälfte und in der Mitte des 19. Jh.s nachzugehen, sondern den Zusammenhang

aufzuzeigen, der zwischen den Ansätzen zu einer völkischen Willensbildung beim deutschen Bürgertum und der eigentlichen deutschen Bewegung besteht, die sich etwa seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu formen begann.

Es wurde schon bisher auf die völkisch bedeutsame Rolle des sog. Weinbauerntums hingewiesen, das etwa in Preßburg<sup>1)</sup>, aber auch in verschiedenen kleinen Städten des Banats<sup>2)</sup> eine politisch wichtige Stellung einnahm. Ueberhaupt lehrt gerade das Beispiel der deutschen Städte des Banats, daß ohne die Mitwirkung des bürgerlichen Elementes der dortigen Städte, das Zustandekommen einer deutschen Bewegung ungleich schwieriger gewesen wäre.<sup>3)</sup> Sogar von Städten, deren Mitwirkung an der deutschen Widerstandsbewegung nicht feststand, läßt sich diese bei genauerem Nachforschen nachweisen. Man denke etwa an Neusatz, wo schon 1879 gegen die Madjarisierung des mittleren Schulwesens Stellung genommen und die Schaffung einer deutschsprachigen mittleren Lehranstalt versucht wurde.<sup>4)</sup> Gerade an Hand dieses Beispiels läßt sich aber nachweisen, daß die Versuche zu einer politischen Aktivierung des deutschen Bürgertums mit den Bestrebungen eines Mannes zusammenfallen, dem das völkische Erwachen des ungarländischen Deutschtums zu einem sehr wesentlichen Teile zu verdanken ist.

Es war schon bisher bekannt, daß Edmund Steinacker (1839 — 1929) sich in den 70er Jahren des vorigen Jh.s für die politische Erweckung des deutschen Bürgertums Ungarns eingesetzt hatte. Er selbst schreibt darüber in seinen „Lebenserinnerungen“:

„Die sich immer kritischer gestaltende politische Lage Ungarns regte natürlich auch zu Erwägungen der Mittel einer Abhilfe und zum Forschen nach den Gründen der allgemeinen Zerfahrenheit an. Als einen derselben erkannte ich den trotz aller liberalen und fortschrittlicheren Anläufe der Deákpartei noch ganz vorwiegend ständischen bzw. Klassencharakter des Abgeordnetenhauses und der politisch maßgebenden Kreise überhaupt, d. h. das Dominieren der Gentry. In diesen Anschauungen begegnete ich mich mit drei hervorragenden Männern der Stadt Preßburg, dem Bürgermeister J u s t i, dem katholischen Stadtpfarrer H e i l l e r<sup>5)</sup> und dem Handels-

<sup>1)</sup> Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Bd. I, 693.

<sup>2)</sup> In Werschetz und Weißkirchen. Vgl. Edmund Steinacker, Lebenserinnerungen. München 1937, 96.

<sup>3)</sup> Ebda., 138 ff.

<sup>4)</sup> B a l j a v e c, Die Anfänge der deutschen Widerstandsbewegung in Neusatz: SDDZ. III (1938) 254—55.

<sup>5)</sup> Ueber seine deutsche Gesinnung: „Im Lichte der Wahrheit“ [Hermannstadt] 1882, 4, wonach er am 19. April 1882 von seinem Amt abdankte, weil er „bei der herrschenden Zeitströmung“ dieses nicht mehr zu versehen imstande sei.

ammerpräsidenten Theodor Edel,<sup>6)</sup> unter deren Einfluß die von einem neuen jungen Redakteur, Karl Poller, geleitete städtische „Preßburger Zeitung“ einer kräftigen Verteidigung der im Reichstage fast gar nicht vertretenen städtischen Interessen zu dienen suchte und mit Rücksicht auf den damals noch ausgesprochen deutschen Charakter der alten ungarischen Krönungsstadt Preßburg auch gegen die immer offen auftretende chauvinistische Madjarisierungstendenz auftrat. In dieser Zeitung veröffentlichte ich nun im Winter 1873/74 unter dem Pseudonym Sincerus eine Serie von acht Artikeln unter dem Titel „Das Bürgertum im politischen Leben Ungarns“. Ich analysierte darin die ungünstige politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Die dann in einer Broschüre zusammengefaßten Artikel<sup>7)</sup> erregten in Preßburg einen großen Sturm, der, vom Konkurrenzblatt, dem „Westungarischen Gränzboden“ eifrig angefaßt, schließlich zu einer „patriotischen“ Kundgebung des Gemeinderates führte. Statt die Verteidigung der städtischen Interessen und der nationalen Minderheiten zu billigen, entzog man der „Preßburger Zeitung“ das Recht, sich als Organ der Stadt zu bezeichnen und das städtische Wappen zu führen. In den noch immer vorwiegend deutschen Städten Ungarns fanden aber die Ausführungen der Sincerus-Artikel lebhaften Widerhall und sympathische Aufnahme...“<sup>8)</sup>

Noch an einer anderen Stelle seiner „Lebenserinnerungen“ schreibt Steinacker über seine Bestrebungen:

„Dabei arbeitete ich an der Sammlung und Organisierung des noch deutsch fühlenden Teils der Budapester Bevölkerung, an der Weckung des nationalen Bewußtseins der national Indifferenten und zu diesem Zwecke an der Schaffung einer ausgesprochen völkischen Zeitung. Verständnis für meine Bestrebungen fand ich beim Führer der Konservativen, Paul Baron Sennhey, ...“<sup>9)</sup>

Die einfache, zurückhaltende Darstellung Steinackers läßt die Bedeutung und Tragweite dieser eben nur angedeuteten Bewegung nicht in vollem Umfang erkennen. Tatsächlich war es doch so, daß Steinacker als Sekretär an der Budapester Handels- und Gewerbekammer etwa seit 1873 eine politische Sammlung des ungarländischen Bürgertums durchzuführen versuchte, die bis zu einem gewissen Grade zweifellos auch der deutschen Volksgruppe zugute gekommen wäre. Steinacker deutet selbst an, daß in Preßburg sowie in anderen Städten seine Bemühungen keineswegs ungünstig aufgenommen wurden.

<sup>6)</sup> Ueber seine Haltung vgl. Die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen und der „Deutsche Schulverein“. Hermannstadt 1882, 22 ff. Dazu ergänzend: Steinacker, a. a. O. 122, der ihn geradezu die Spitze der „Preßburger deutschgesinnten Elemente“ nennt.

<sup>7)</sup> Das Bürgerthum im politischen Leben Ungarns. Preßburg 1875.

<sup>8)</sup> Steinacker, a. a. O. 72—73.

<sup>9)</sup> Ebda., 77.

Am wichtigsten erscheint mir aber, daß die Anregungen Steinaders zum Versuch einer politischen Parteibildung des Bürgertums auf ausgesprochen ständischer Grundlage führten, die merkwürdigerweise bisher völlig unbeachtet geblieben ist.<sup>10)</sup> Zwar hatte es schon in den 40er Jahren in einem Kreis deutschgesinnter Männer um den Preßburger Schulmann Tobias Gottfried Schröder einen gewissen Anknüpfungspunkt zu einer politischen Aktivierung des deutschen Elementes gegeben,<sup>11)</sup> zwar hatte schon Eduard Glaz 1843 im Vorwort seiner Schrift „Das deutsche Element in Ungarn und seine Aufgabe“ (Leipzig 1843) die Bildung einer Partei unter den Deutschen Ungarns angeregt,<sup>12)</sup> was aber nichts daran ändert, daß die erste Parteigründung der Deutschen in Ungarn auf Edmund Steinader zurückgeht.<sup>13)</sup> In einem Artikel „Das parlamentarische Leben und das Bürgerthum“ vom 24. Januar 1875<sup>14)</sup> bezog sich Steinader noch einmal auf die Sincerus-Artikel. Bemerkenswert ist der Schluß seiner Ausführungen:

„Eine gründliche Besserung unserer trostlosen Zustände können wir nur dann erwarten, wenn in dem Parlament nicht beinahe ausschließlich Aristocraten und Advocaten, sondern auch Männer aus dem Bürgerstand und Volke, die die Bedürfnisse desselben kennen und am besten zu beurtheilen wissen, ihre Sitze einnehmen, und über das Wohl des Landes ihre Stimme abgeben werden; . . .“ Daß dieser Hinweis Steinaders keineswegs ohne tiefere Absicht war, beweist ein weiterer Artikel vom 29. Januar, worin er sich „Zur Idee einer ungarischen Bürgerpartei“ äußerte.<sup>15)</sup> In diesem Aufsatz geht er bereits einen Schritt weiter und weist darauf hin, daß Bestrebungen im Gange wären, an der einseitigen Zusammensetzung der Volksvertretung eine Korrektur vorzunehmen.

„Das Streben nach diesem Ziele ist der Ausgangspunkt jener Bewegung, welche in der Hauptstadt täglich festeren Fuß in den Bürgerkreisen faßt. In erster Linie zielt sie allerdings darauf hin, tüchtige Vertreter des Handels und der Industrie ad personam in den Reichstag zu bringen, welche berufen sein sollen, frei von jeder Unterordnung unter die Disciplin irgend welcher der bisherigen politischen Parteien, die materiellen Interessen des Landes in vorwiegender Weise im Auge zu halten und für deren Berücksichtigung unablässig zu kämpfen. Und gewiß wird niemand bestreiten können, daß die Beförderung der Interessen des bürgerlichen Mittelstandes in

<sup>10)</sup> Auch Julius Mérei weiß in seinem Buche „Magyar politikai pártprogrammok“ (Ung. pol. Parteiprogramme), Budapest 1934, nichts davon.

<sup>11)</sup> Chr. Deser's—Tobias Gottfried Schröder's Lebenserinnerungen. Stuttgart 1933, 207.

<sup>12)</sup> Gottfried Fittbogen, Tobias Gottfried Schröder über die Zukunft des deutschen Elementes in Ungarn: DUSBl. VII (1937), 58.

<sup>13)</sup> Ein Einfluß von Eduard Glaz auf diese Bestrebungen Steinaders ist durchaus möglich.

<sup>14)</sup> Pannonia, 24. Jan. 1875.

<sup>15)</sup> Ebda., 29. Jan. 1875.

Ungarn noch für lange Jahre identisch ist, mit der Beförderung der vitalsten Landesinteressen. Insofern erscheint auch der Ausdruck „Bürgerpartei“ gerechtfertigt. . .

Indeß soll das Bestreben, Angehörige des Bürgerstandes in die Legislative zu wählen, durchaus nicht eine einseitige, engherzige Interessenvertretung bezwecken. . . Darum wird es gewiß nur mit Befriedigung begrüßt werden können, wenn sich auch Männer aus den Reihen der sog. „Lateiner“ dem Programm der Bürgerpartei anschließen und auf Grund desselben candidiren, . . .

Welchen Erfolg die in der Hauptstadt mit Energie begonnene Bewegung in der Provinz haben wird, läßt sich nun freilich jetzt schwer voraussagen. Es wird davon abhängen, ob der Bürgerstand genug Einsicht und Festigkeit beweisen wird, gegenüber den bisherigen abgenützten Parteischlagwörtern, mit denen Ungarn dahingekommen ist, wo es heute ist, gegenüber den mannigfachen Verlockungen und Versprechungen der Repräsentanten der politischen Parteien, welche ihre Macht entweder behaupten oder dieselbe errichten wollen.<sup>16)</sup>

Anfänglich schien es, als ob die von Steinader gewünschte „Einsicht“ beim Bürgertum vorhanden gewesen sei. Auf einer Bürgerversammlung vom 24. Januar 1875 wurden Richtlinien der Partei veröffentlicht und in der Folgezeit von einem „Executiv-Comité“ in die Öffentlichkeit gebracht.<sup>17)</sup> Noch aus dem Januar stammt ein „Aufruf zur Bildung einer ungarischen Bürgerpartei“ (Anhang Nr. I),<sup>18)</sup> dem am 15. Februar ein weiterer Aufruf „An die wahlberechtigten Bürger Ungarns!“ folgte.<sup>19)</sup> In der Zwischenzeit hatte sich im Anschluß an die Budapester Bürgerversammlung vom 24. Januar eine „Hunderter-Commission“ gebildet.<sup>20)</sup>

Aus einer Zeitungsnotiz vom 7. März erfahren wir, daß auch in Preßburg, Dedenburg und Kaschau eine Bürgerpartei im Entstehen begriffen wäre,<sup>21)</sup> während die Zips zwar die Notwendigkeit einer Sammlung des Bürgertums auf ständischer Grundlage einjah, aber ihre eigenen Wege gehen wollte.<sup>22)</sup> Im Laufe des Jahres scheint aber die Bewegung noch weiter um sich gegriffen zu haben.<sup>23)</sup>

Trotzdem hatten die Bestrebungen nicht den gewünschten Erfolg. Dies lag weniger daran, daß sie von der Presse der Hauptstadt totgeschwiegen wurden<sup>24)</sup>, als an den fehlenden Voraussetzungen zu einer Parteibildung auf breiter Grundlage.

16) Ebda.

17) Ebda., 26. Febr. 1875.

18) S. 120—24.

19) Pannonia, 10. März 1875.

20) Ebda.

21) Ebda., 7. März 1875.

22) Ebda., 31. März 1875.

23) Ebda., 12. Dezember 1875.

24) Ebda., 7. März 1875.

Das Programm der geplanten Partei entsprach zwar längst empfundenen Notwendigkeiten des Handels- und Gewerbestandes und wurde auch teilweise von den Trägern dieser Schichten zustimmend aufgenommen. Andererseits war das bürgerliche Element der Städte doch zu schwach und auch schon längst zu sehr zersplittert, um dem Rufe mit der notwendigen Geschlossenheit Folge leisten zu können. Man darf ferner nicht vergessen, daß auch in anderen Ländern derartigen Parteigründungen wenig Erfolg beschert war.

Die Bestrebungen, deren eigentlicher Sitz neben Preßburg doch wohl vor allem Budapest gewesen ist, wurden letzten Endes nur von einigen bedeutenden Persönlichkeiten der Budapester Handels- und Gewerbekammer getragen. Ueber den Anteil Steinackers sind wir leider nur mangelhaft unterrichtet. Eine führende Rolle nach außen wird er nicht gespielt haben, aber bestimmt maßgeblich beteiligt gewesen sein.<sup>25)</sup> Neben Steinacker mochte auch ihr Präsident Baron Rochmeister daran interessiert gewesen sein<sup>26)</sup>. Wirklich einflußreiche Persönlichkeiten, die reale Machtmittel hätten in Bewegung setzen können, fehlten indessen ebenso sehr wie der Zwang der Tatsachen, der breitere Schichten des Bürgertums zu einer Selbsthilfe hätte veranlassen können.

Nach dem Scheitern der Parteigründung versuchte Steinacker in Verbindung mit einigen Gleichgesinnten im Sommer 1876 die Gründung einer Zeitung in Budapest, die die Aufgabe gehabt hätte, „den Ansichten und Interessen des Bürgertums Gehör und Geltung zu verschaffen“. (Vgl. Anhang Nr. II)<sup>27)</sup> Der Zweck liegt klar zutage. Man hatte erkannt, daß die Gründung einer Partei ohne Zeitung verfrüht sei und wollte nun durch die Schaffung eines geeigneten Presseorgans dieser erst gründlicher den Boden bereiten. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Bestrebungen nach Gründung eines Blattes, welches „in voller Unabhängigkeit die Vertretung der Interessen des vaterländischen Bürgerthums vornehmlich deutscher Zunge zu seiner Aufgabe haben sollte“, auf zu große Schwierigkeiten stießen, da die Geldmittel nicht ausreichten (Vgl. Anhang Nr. III).<sup>28)</sup> Obwohl das Rundschreiben angesichts der materiellen Schwierigkeiten die Notwendigkeit kundtat, das geplante Unternehmen aufzuschieben, „ohne dasselbe jedoch im Mindesten aufzugeben“ (Ebda.), so dauerte

<sup>25)</sup> Vgl. auch Steinacker, a. a. O. 77.

<sup>26)</sup> Darauf deutet auch eine Stelle in Steinackers Aufsatz, Pannonia, 29. Jan. 1875: man müsse „tüchtige Vertreter des Handels und der Industrie ad personam in den Reichstag bringen, . . .“ Wahrscheinlich bezieht sich diese Stelle auch auf Rochmeister.

<sup>27)</sup> S. 125—29.

<sup>28)</sup> S. 129.

es noch mehrere Jahre, bis die Herausgabe der Zeitung, die unter dem Titel „Budapester Tagblatt“ erschien, zustandekam.<sup>29)</sup> Das neue Blatt schlug anfänglich einen sehr entschiedenen Ton an und vertrat die Interessen des deutschen Elementes, vor allem des deutschen Bürgertums, mit bemerkenswerter Energie. Schon in der ersten Nummer des Blattes<sup>30)</sup> erschien ein grundsätzlicher Artikel von Edmund Steinacker schon mit der bezeichnenden Ueberschrift „Deutschungarisches Bewußtsein“,<sup>31)</sup> worin es u. a. heißt: „Ja wohl, ihr Herren! Ein neues deutsches Blatt wollen wir sein für das Volk, für jene Hunderttausende, die sich als Ungarn, als treue, gleichberechtigte Bürger des Landes fühlen, . . . die aber gleichzeitig stolz darauf sind, deutsche Bürger ihres Landes zu sein, für das ihre Väter geblutet und gearbeitet.“

Da ich abgesehen von einer Reihe von Zeitungsausschnitten das Blatt bisher noch nicht zu Gesicht bekommen habe, kann ich mir ein endgültiges Urteil nicht erlauben. Soviel ist sicher, daß Steinacker einige Monate am Blatt mitarbeitete, das eine zeitlang seine deutsch-bürgerliche Note trug. Aber schon verhältnismäßig bald dürfte das Blatt eine Wendung ins farblosere Fahrwasser vollzogen haben, was schon daraus hervorgeht, daß das Blatt im Zusammenhang mit der nationalen Auseinandersetzung nie mehr erwähnt wurde.<sup>32)</sup> So war auch dieser Plan, eine politische Sammlung des Bürgertums auf diese Weise vorzubereiten, im Sande verlaufen. Dies lag nicht etwa an einem Druck von madjarischer Seite, die diesen Bestrebungen wenig Beachtung schenkte und daher auch ungeschoren ließ, sondern an ganz anderen, tieferliegenden Gründen. Die politische Entwicklung des Landes, der auch in volkspolitischer Hinsicht energische Kurs des Kabinetts Tisza drängte nach einer anderen Richtung. Der Plan Steinackers und seiner Gesinnungsgenossen war keineswegs unrichtig, entsprach — an der damaligen Zeit gemessen — nicht nur wohlwogeneren

<sup>29)</sup> Das „Budapester Tagblatt“ ist mir bis jetzt noch nicht zugänglich geworden. Aus einigen Ausschnitten aus dieser Zeitung, die sich im Zeitungsarchiv des Steinackernachlasses (Südostinstitut München) befinden, geht hervor, daß die erste Nummer am 18. Februar 1880 zu erscheinen begann. Die Angaben bei Heinrich Réz, Deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Ungarn (München 1935, 52) sind demnach zu berichtigen.

<sup>30)</sup> Daß es sich um die erste Nummer der Zeitung handelt, geht aus einem Artikel Steinackers (Anti-Praxelhuberisches, abgedruckt Budapester Tagblatt, 23. März 1880) hervor, wo die betreffende Folge als „Probenummer einer seit kurzem herausgekommenen Zeitung“ bezeichnet wird.

<sup>31)</sup> 18. Febr. 1880.

<sup>32)</sup> Steinacker, a. a. O. 122, erwähnt das Blatt nur einmal flüchtig als „Organ der gemäßigten Opposition“, als es Karl Grecsák leitete. Das war aber schon einige Jahre nach der Gründung.

Standesinteressen, sondern auch tatsächlich den Belangen des ganzen Landes, dem eine Stärkung des bürgerlichen Elementes nur erwünscht hätte sein müssen. Entscheidend war aber, daß sich die Ausführung eines derartigen Vorhabens bereits um einige Jahrzehnte verspätet hatte. Noch in den 60er Jahren hätte eine solche Bewegung große Aussicht auf Erfolg haben können, 10 Jahre später bereits war sie zum Scheitern verurteilt.

Für uns sind aber diese Bemühungen weniger partei- und wirtschaftspolitisch von Interesse, sondern als erste politische Willensäußerung des deutschen Bürgertums in Ungarn. Obschon die Aufsätze Steinaders wie auch die Aufrufe der Partei selbst die Erörterung volkspolitischer Fragen vermieden und nur nebenbei den Grundsatz der gegenseitigen völklichen Duldung streiften, kann darüber kein Zweifel bestehen, daß das Unternehmen vom Anfang an eine gewisse deutsche Note gehabt hätte, die sich im Laufe der Zeit eher verstärkt als abgeschwächt haben würde. Das letzte Schreiben, das die Gründung einer deutschen Zeitung befürwortete (Anhang Nr. III)<sup>33)</sup>, sprach deutlich genug von „Vertretung der Interessen des vaterländischen Bürgertums vornehmlich deutscher Zunge.“ Auch unter den Anhängern der Partei überwogen nicht nur deutsche Namen, sondern auch Persönlichkeiten, deren deutsche Haltung erwiesen ist. Ist die Annahme richtig, daß an der Parteibildung auch der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer, Baron Kochmeister, interessiert war, so hätte auch dies eine Stärkung der deutschen Linie bedeutet, da dieser Sympathien nach dieser Richtung hatte.<sup>34)</sup>

War aber auch dieses Bestreben, eine politische Sammlung des Bürgertums herbeizuführen, gescheitert, in dem bis dahin das deutsche Element eine wichtige Rolle gespielt hatte, so darf ihm dennoch nicht eine große Bedeutung für die spätere völkische Selbstbestimmung des ungarländischen Deutschtums abgesprochen werden. Der Versuch zeigte, daß in dem bisherigen Mittelpunkt des ungarländischen deutschen Bürgertums eine politische Sammlung nicht mehr durchgeführt werden könne, es zeigte ferner, daß eine politische Bewegung wie sie Steinader und andere anstrebten, nicht auf ständischer, sondern auf völkischer Grundlage erfolgen müsse. Steinader sah, daß eine politische Bewegung beim ungarländischen Deutschtum im südungarischen Landesteil beginnen müsse. Tatsächlich läßt sich feststellen, daß Steinader, nachdem er durch die Wahl in einen siebenbürgisch-sächsischen Bezirk zum Parlamentsmitglied geworden war,<sup>35)</sup> seine

<sup>33)</sup> S. 129.

<sup>34)</sup> Steinader, a. a. O. 78. 118, 209, 210.

<sup>35)</sup> Ebda., 80 ff.



Werbetätigkeit in Südungarn aufnahm.<sup>36)</sup> Dadurch aber wurde ein entscheidender Anknüpfungspunkt für die deutsche Bewegung im Vorkriegsungarn geschaffen. Wir können zwar heute noch nicht im einzelnen feststellen, was Steinacker im Banat und in der Batschka geleistet hat.<sup>37)</sup> Daß seine damalige Tätigkeit aber nicht ohne Wirkung blieb, geht allein schon daraus hervor, daß man angesichts des stärker werdenden Drucks der madjarischen Sprachpolitik in Südungarn sich der Tätigkeit Edmund Steinackers erinnerte, mit ihm, der in der Zwischenzeit nach Wien übersiedelt war, 1897 Verbindung aufnahm<sup>38)</sup> und dadurch die eigentliche Deutsche Bewegung schuf, die von 1899 an, der Gründung des „Deutschen Tageblattes für Ungarn“ (Temeschburg), zu rechnen ist.

Nachbemerkung: Nach der Drucklegung des Aufsatzes fand ich im Steinackernachlass weitere Aktenstücke über die erste, gewissermaßen im Zeichen bürgerlicher Aktivität stehende Phase der deutschen Bewegung, die ich in einer der nächsten Hefte der SODF auswerten und — teilweise — veröffentlichen werde.

## A n h a n g.

### I.<sup>39)</sup>

#### A u f r u f z u r B i l d u n g e i n e r u n g a r i s c h e n <sup>40)</sup> B ü r g e r p a r t h e i.

Täglich findet in unserem Vaterlande die Ueberzeugung lauterer und einstimmigeren Ausdruck, daß die heutigen politischen und parlamentarischen Partheien ihre Existenzberechtigung verloren haben, daß Ungarns Staatsleben nicht länger dem gegenstandslos gewordenen Hader oder Intriguen-spiel derselben zur Beute fallen darf. daß die in den letzten sieben Jahren ausgegebenenen Partheischlagworte abgenützt sind, daß eine Regeneration

<sup>36)</sup> Ebda., 95 ff.

<sup>37)</sup> In seinen „Lebenserinnerungen“ (a. a. O.) macht er leider darüber zu wenig Mitteilungen.

<sup>38)</sup> Steinacker, a. a. O. 138—39.

<sup>39)</sup> Reinschrift von unbekannter Hand im Nachlaß Edmund Steinackers, Südostinstitut München. Die spärlichen Verbesserungen rühren z. T. von Steinacker her, die andern sind flüchtige Verbesserungen mit Bleistift. In beiden Fällen handelt es sich um die Richtigstellung von Schreibfehlern.

<sup>40)</sup> Durchgestrichen: „zum Anschluß an die“.

des Landes nur von einem gründlichen Systemwechsel in der Regierung und Verwaltung desselben zu erwarten ist und daß zu diesem Zwecke eine neue gesunde Parteibildung auf einer, von der bisherigen ganz verschiedenen Basis in der Bevölkerung und im Parlamente Platz greifen muß. —

Jeder einsichtige Patriot dürfte erkannt haben, daß die staatsrechtliche Frage nicht mehr das maßgebende Moment für die mit Ablauf der Mandatsdauer dieses Reichstages unfehlbar eintretende Aenderung unserer parlamentarischen und gesammten politischen Parthei-Verhältnisse bilden kann, sondern daß ganz andere Ausgangspunkte für die Wirksamkeit der künftigen Volksvertretung Ungarns gefunden werden müssen. —

Der traurige Zustand, in dem sich unser Vaterland befindet, fordert nun gebieterischer und dringender als je zu ernstem Nachdenken über die Ursachen der auf allen Staatsbürgern lastenden nachgerade unerträglichen Verhältnisse und sonach zur Schaffung einer Volksvertretung auf, welche zu energischem Handeln behufs möglichst baldiger Beseitigung wenigstens der fühlbarsten Uebelstände geeignet sein würde, an denen fast alle Bevölkerungsklassen Ungarns leiden. — Die jedem Einzelnen empfindlich fühlbare wirthschaftliche Stagnation des Landes kann sich nicht zum Besseren wenden, ehe die Finanzen des Landes geordnet werden. Der hiezu erforderliche durchgreifende politische Systemwechsel ist aber von einer wesentlichen Abänderung der parlamentarischen Grundlage bedingt, auf welcher sich seit 1867 die aufeinanderfolgenden Ministerien aufgebaut haben und auch die gegenwärtige Regierung ruht. —

Wohl sind die Fehler und Unterlassungssünden unserer Regierung und all' unserer politischen Verwaltungsorgane nachgerade ebenso offenkundig wie unerträglich geworden. Sie wären aber entweder nicht geschehen, oder hätten nicht so lange fortbestehen können, wenn die Zusammensetzung und demzufolge<sup>41)</sup> Thätigkeit des Reichstages eine andere wäre. —

Der unzweckmäßigen und ungerechten Zusammensetzung des Parlamentes haben wir den staatsrechtlichen Partheihader und die entsetzliche Sterilität unserer Legislation, die Schaffung unzweckmäßiger und die Nichtschaffung dringend notwendiger Gesetze, die ungenügende Controlle der Administration oder deren ungeeignete Beeinflussung und die hieraus fließenden Mißstände zu verdanken. —

Eine neue gesunde Gruppierung der parlamentarischen Partheien ist aber nur möglich, wenn der Reichstag jene Elemente erhält<sup>42)</sup> und weiterhin in sich aufnimmt, deren absoluter Mangel oder verschwindend kleine

<sup>41)</sup> Von Steinacker hinzugefügt.

<sup>42)</sup> Von fremder Hand.

Zahl und faktische Bedeutungslosigkeit in der Legislative Ungarns derselben den Character der Einseitigkeit aufgedrückt und sie unfähig zur vollen und richtigen Erfüllung ihrer Aufgabe gemacht hat. —

Die exclusive Herrschaft des adeligen Grundbesizes, die gänzliche Fernhaltung des Bürgerstandes vom Reichstage ist eine Anomalie des XIX. Jahrhunderts, die nicht länger fortbestehen darf. —

So wie dieser Umstand die zur größten Discreditirung des Parlamentarismus führende Schwächung der Autorität der ungarischen Legislative vollständig erklärt und als wesentlicher Grund der seit 7 Jahren zu Tage getretenen Verkennung aller thatsächlichen Factoren der Staatlichkeit unseres Vaterlandes zu betrachten ist, so erscheint es auch als wichtigste Pflicht jedes guten Patrioten und als das nächste und tiefste Interesse jedes denkenden<sup>43)</sup> Staatsbürgers, sein Möglichstes zur Beseitigung dieses Urgrundes unserer traurigen wirthschaftlichen und politischen Lage zu thun.

Von dieser Erkenntniß und von diesem Streben geleitet, fordern die unterzeichneten Bürger der verschiedensten Gegenden und Städte unseres Vaterlandes, ohne Unterschied der Nationalität und bisherigen politischen Partheistellung ihre Standes- und Gesinnungsgenossen auf das wärmste auf, ihnen bei der Gründung und Organisirung einer über ganz Ungarn sich verbreitenden Bürgerparthei ihre tatkräftige Theilnahme und Unterstützung zuzuwenden. —

Die Nothwendigkeit des Entstehens einer ungarischen Bürgerparthei glauben wir mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit einer nach dem Beispiele anderer europäischer Culturstaaten zu bemessenden, an Zahl und Einfluß genügenden Vertretung der bürgerlichen Elemente in unserm Reichstage genügend motiviert zu haben. —

Bei dem enormen numerischen Ueberwiegen der aderbautreibenden Bevölkerung gegenüber dem Gewerbe-, Handels- und überhaupt intelligenten Mittelstand im ganzen Lande, bei dem außerordentlichen Einfluß des adeligen Elementes auch in dem ungebildeten Theil der bäuerlichen Wähler, bei der in den meisten Wahlbezirken zu Tage tretenden Erdrückung der Intelligenz durch die politisch unmündige, nur zu oft käufliche Masse ist ein festes Zusammenschließen des bürgerlichen Mittelstandes zur Geltendmachung seines berechtigten Einflusses auf die Geschie des Landes unabweislich erforderlich. —

Diese selbstbewußte Aeußerung der Existenz des für den wirthschaftlichen und Culturfortschritt jedes Staates, ganz besonders aber unseres Vaterlandes, wichtigsten Factors wird der Sympathie und Unterstützung

<sup>43)</sup> Desgl.

jedes einsichtigen Patrioten und klardenkenden Politikers auch andern Standes oder Interessentkreises sicher sein dürfen, wenn das objective Urtheil eines solchen nicht durch starres Festhalten an abgenützten Schlagworten, oder durch egoistische Motive, durch das Bestreben nach Erhaltung oder Erringung der Macht und der mit ihr verbundenen persönlichen Vortheile getrübt und gefälscht wird. —

Die Vertreter des Bürgerstandes im ungarischen Parlamente werden nie eine solche Rolle spielen wollen oder auch nur können, wie die Anhänger der nach rein politischen Anschauungen entstandenen Reichstagspartheien. Noch auf unberechenbare Zeit hinaus werden sie selbst in dem Falle, daß alle rein oder vorwiegend städtischen Wahlbezirke auf Grund des Programmes der Bürgerparthei wählen, stets einen verhältnismäßig geringen Bruchtheil der Gesamtheit der Reichstagsabgeordneten bilden und dieselbe nie zu majorisieren im Stande sein.

Wohl aber würden sie nicht nur berufen, sondern auch fähig sein, die speziellen bürgerlichen Interessen zur Geltung zu bringen, die legislatorische Initiative zur Schaffung aller Bedingungen materiellen Wohlstandes und culturellen Fortschritts zu ergreifen und durch ihren Einfluß auf die übrigen Reichstagspartheien wirksam zu fördern, endlich im gegebenen Falle mit jener Parthei gemeinsam zu handeln, welche für die wahren Landesinteressen das meiste Verständnis an den Tag legt. —

Von einem Vorwurf exclusiver Interessenvertretung kann da wohl nicht ernstlich die Rede sein, während das ungarische Parlament bei seiner bisherigen Zusammensetzung und Wirksamkeit viel eher diese Bezeichnung verdient und die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre nur zu offenkundig die verderblichen Consequenzen solch' einseitiger Tendenz an das Licht gebracht haben. — Gerechtigkeit und Verständnis für die Interessen aller Staatsbürger kann nur von einer gesetzgebenden Körperschaft erwartet werden, in der auch alle Klassen ihre Vertretung finden. — Nur die aus einer solchen hervorgegangene Regierung wird imstande sein, die berechtigten Ansprüche der Gesamtheit der Staatsbürger somit auch des bürgerlichen Mittelstandes zu befriedigen. —

Zur Gesundheit des Staatsorganismus ist ein kräftiger Mittelstand, zur Schaffung und Erhaltung eines solchen die ausgiebige Vertretung desselben im Reichstage, und zu deren Ermöglichung die Constituirung sämtlicher Angehörigen desselben zu einer bei den Reichstagswahlen geschlossen auftretenden Parthei unbedingt erforderlich. —

Die aderbauende Bevölkerung kann die Entfaltung eines vaterländischen Mittelstandes, somit auch die Schaffung einer auf<sup>44)</sup> Förderung und

<sup>44)</sup> Von Steinacker's Hand.

Geltendmachung der Interessen desselben in der Legislative abzielenden Bürgerparthei nur mit Freuden begrüßen, weil selbst das dauernde Prosperieren des Landbaues von der Blüthe des Handels und der Industrie bedingt ist, und die harmonische Entwicklung sämtlicher Faktoren wirthschaftlicher Wohlfahrt und darauf fußend culturellen Fortschritts, socialer Gesundheit, politischer Freiheit und staatlicher Macht und Größe nur auf dem vorgezeichneten Wege, nur durch muthige und ausdauernde politische Selbsthilfe des bürgerlichen Elementes erreicht werden kann. —

Unser Programm ermöglicht jedem Patrioten, ohne Unterschied der Nationalität und der bisherigen Partheistellung, den Beitritt zur ungarischen Bürgerparthei und dürfte in sich die Gewähr eines heilsamen Einflusses der Anhänger desselben im Parlamente auf die zukünftige Gestaltung der äußern und inneren Verhältnisse unseres Vaterlandes tragen. — Es ist nur bei theilweiser Durchführung geeignet, dem bisherigen unfruchtbaren und verderblichen staatsrechtlichen Partheizwist, welcher die politische und volkswirtschaftliche Entwicklung Ungarns zum großen Theile aufgehalten hat, wenn nicht zu beseitigen, so doch zu mildern und für die Zukunft unschädlicher zu machen, die vielsprachigen Bürger unseres Staatswesens als gleichberechtigte Mitarbeiter am Wohle des Landes zu gemeinsamer Wirksamkeit zu vereinen und zu einer der Grundlagen für die Schaffung einer für jeden einzelnen Staatsbürger und für die Ehre und Größe Ungarns heilsamen Regierung zu werden.

Von der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande und von der Bethätigung offenen Bürgermuthes erwarten wir einen zahlreichen Anschluß an die ungarische Bürgerparthei und bei den nächsten Reichstagswahlen die energische Geltendmachung der von ihr adoptirten Prinzipien. —

Inzwischen fordern wir alle Gleichgesinnten auf, sich in ihren Kreisen zu constituiren, ihren Beitritt zu dem Programm der Bürgerparthei zu erklären und etwa gewünschte Modifikationen einzelner Punkte desselben zu formuliren. —

Die Abhaltung einer Landesversammlung der ungarischen Bürgerparthei wird allen beigetretenen Genossen bekannt gegeben und zur Wahl von Delegirten jede Stadt eingeladen werden, wo die Partei sich als solche zu constituiren beabsichtigt. —

Im Januar 1875. —

### An das Bürgerthum Ungarns!

Die unhaltbare politische und volkswirthschaftliche Lage, in welcher unser Vaterland Ungarn sich befindet, hat in einem großen, jedenfalls aber im wahrhaft patriotischen und denkenden Theile der Staatsbürger die Überzeugung gereift, daß eine gründliche Aenderung derjenigen Zustände angestrebt werden muß, deren Druck heute den Aufschwung des Staatswesens hindert und die Prosperität, ja Existenz seiner einzelnen Angehörigen untergräbt.

Unter diesen Zuständen, deren schädigende Wirkung auf allen Lebensgebieten sich schwer fühlbar macht, leidet ganz besonders der die wichtigsten produzierenden Klassen umfassende bürgerliche Mittelstand.

Soll es wahrhaft besser werden in unserem theueren Vaterlande, soll die Beseitigung der mannigfaltigen Hindernisse erreicht werden, welche als Erbschaft des aus unseren Gesetzen kaum beseitigten, aber noch im Fleisch und Blut der ehemals bevorrechtigten und politisch allein maßgebenden Klasse gebliebenen Feudalismus, der freien und gesunden Entwicklung auf politischem und volkswirthschaftlichem Gebiete im Wege stehen, so muß jeder Patriot, der sich als Sohn unseres fortgeschrittenen Jahrhunderts fühlt, die aus dieser Lage sich ihm gebieterisch aufdrängende Pflicht ernstlich in's Auge fassen und bewußt erfüllen.

Vor Allem muß das vaterländische Bürgerthum seine bisherige Passivität aufgeben und darf sich nicht länger im Schlepptau von Führern bewegen, die außerhalb des Bürgerthums stehend, letzteres als Werkzeug ihrer professionsmäßigen politischen Thätigkeit zu benützen streben. Das bürgerliche und städtische Element Ungarn's muß selbstbewußt diejenige Stelle im öffentlichen Leben einzunehmen trachten, die ihm nach seinem Werthe und nach seiner Bedeutung im modernen Staate gebührt und die es in allen zivilisirten Ländern inne hat.

Mit dem Anspruch auf dieses Recht ist aber auch unlöslich die Pflicht für die bürgerlichen Elemente verknüpft, mehr als bisher an der Bessergestaltung der vaterländischen Verhältnisse lebhaften und werththätigen Antheil zu nehmen.

Dies gebietet nicht nur die patriotische Pflicht, es gebietet es ebenso das wohlverstandene eigene Interesse. Sollen die Städte, die wichtigen Centren der Industrie, des Handels und der allgemeinen Bildung bei dem Vorherrschen der auf Galvanisirung des ehemaligen Comitatslebens ge-

<sup>45)</sup> Zweispaltiges, doppelseitig bedrucktes Folioblatt (Druck von Victor Hornhansky). Steinachernachlaß.

richteten Tendenzen nicht wirthschaftlich ebenso wie politisch verkümmern, so muß deren Bürgerschaft das Prinzip der Selbsthilfe auf ihre Fahne schreiben und entschlossen für eine wirksamere Vertretung ihrer Interessen sorgen, die mit den wichtigsten Interessen des Staates übereinstimmen.

Eines der wichtigsten Mittel dieser Aktion ist unstreitig die Gründung eines vollständig unabhängigen journalistischen Organes, das im Brennpunkte des politischen Lebens des Staates, in der Hauptstadt erscheinend, vor Allem berufen wäre, den Ansichten und Interessen des Bürgerthums Gehör und Geltung zu verschaffen, die Herbeiführung gesunderer parlamentarischer Zustände anzustreben und gegenüber dem Ueberwuchern des gehaltlosen politischen Parteilebens für die Inaugurirung einer, den Anforderungen des steuerzahlenden Volkes gewissenhafter als bisher entsprechenden realen Interessenpolitik einzutreten.

In vielen Städten Ungarn's haben sich bereits erfreuliche Anfänge einer Bewegung für das lebhaftere Eingreifen der Bürger-Elemente in das politische Leben bemerkbar gemacht. Diese Bewegung zu fördern, in immer weiteren Kreisen zu wecken und die Ziele derselben klar zu stellen, wäre in erster Linie die Aufgabe eines solchen journalistischen Organes.

Auf der Basis der pragmatischen Sanktion und des Ausgleichs vom Jahre 1867 fußend, welche die Jahrhunderte alte Verbindung Ungarn's mit Oesterreich regeln und die konstitutionelle Behandlung und Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen beider Staaten der Monarchie sichern, hätte das neue Blatt in politischer Beziehung für die Erweiterung des Einflusses der bürgerlichen Elemente auf die administrative und parlamentarische Thätigkeit, für zeitgemäße Reformen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu kämpfen und dadurch den Ausbau des modernen Rechtsstaates zu fördern.

Den bürgerlichen Elementen, dem Städtewesen tragen die jüngsten Verwaltungsgesetze nicht die gewünschte Rechnung. Durch Aufhebung zahlreicher, nicht nur historisch berechtigter, sondern auch durch Intelligenz, Gewerbesleiß und Patriotismus hervorragender Munizipien ist der heilsame Einfluß des bürgerlichen Mittelstandes auf das öffentliche Leben noch mehr beschränkt worden, als dies schon bisher durch das Ueberwuchern des Komitatswesens der Fall war. Das Bürgerthum aber muß im Gegensatz zu dieser jetzt vorwaltenden Tendenz in seinem eigensten Interesse nicht minder als in jenem des Vaterlandes darnach streben, daß die politische Gemeinde zur Grundlage der Administration erforsen werde. Diese Basis bietet die einzige Möglichkeit, der wirklichen Selbstverwaltung der Staatsbürger den weitesten Wirkungskreis zu gewähren und an der Spitze des Staates doch eine starke Regierung zu sehen.

Bei den inproduktiven Staatsausgaben würde das Blatt die weitgehendste Einschränkung anstreben und für Verbreitung der Einsicht thätig sein, daß zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes nicht ausschließlich die Erhöhung der Steuern in Anwendung zu bringen sei, sondern in erster Linie Maßregeln in's Auge gefaßt werden müssen, welche die Steuerfähigkeit der Staatsbürger auf eine höhere Stufe zu heben geeignet sind.

Das Blatt würde entschieden die Ansicht vertreten, daß freisinnige Grundsätze für die kirchlichen und Schulanangelegenheiten zu maßgebender Geltung gebracht werden müssen. Die Autonomie ist auf diesem Gebiete ein ebenso wichtiger und wohltätig wirkender Faktor, wie die Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Staats- und Communal-Administration.

Freisinnige Prinzipien würden im Interesse des Vaterlandes auch in Betreff der Sprachenfrage vom Blatte verfochten werden. Denn für das Erblühen, für den Aufschwung eines polyglotten Staates, ist die Eintracht zwischen den Staatsbürgern verschiedener Zunge, die gegenseitige Sympathie der verschiedenen Nationalitäten und die Freiheit ihrer Entwicklung eine unerläßliche Bedingung. Die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Staatsprache, die in der historischen Entwicklung Ungarns ihren Ursprung und ihre Berechtigung finden, sind natürlich zu respektiren. Dabei soll aber auf keiner Seite übersehen werden, daß chauvinistische Ueberhebung der Zwietracht zwischen den Staatsbürgern die Schleußen öffnet, während die Versöhnung der oft unbedachter Weise genährten nationalen Gegensätze durch gegenseitige Achtung der gesetzlichen und natürlichen Rechte sämtlicher Landesbewohner eine Lebensfrage für Ungarn ist. Dem Gewissenszwang und dem Sprachenzwang, die einer und derselben Wurzel, der Intoleranz, entspringen, wird das neue Organ mit Mäßigung, aber entschieden entgegentreten.

Mit größter Energie würde sich das Blatt die Förderung aller Cultur- und Bildungsinteressen angelegen sein lassen, weil in deren Pflege die sicherste Garantie des geistigen und dadurch auch materiellen Aufschwunges der Nation und einer würdigen Stellung derselben unter den Culturvölkern Europas, in deren Vernachlässigung aber eine drohende Gefahr ihres Zurückbleibens und damit auch für die constitutionelle Freiheit und politische Selbstständigkeit Ungarns gelegen ist.

In volkswirtschaftlicher Beziehung würde sich das zu gründende journalistische Organ die Aufgabe stellen, dem Grundsätze der wirtschaftlichen Freiheit nach allen Richtungen hin Rechnung zu tragen und für die Durchführung der hiemit im Einklange stehenden Reformen mit Beiseitelassung jeder nichtsachlichen Rücksicht einzutreten.



Es würde unter prinzipieller Betonung der Grundsätze des Freihandels, bei der praktischen Anwendung derselben vor Allem den Bedingungen der industriellen, kommerziellen und agrarischen Entwicklung Ungarns, indeß auch so weit als geboten dem wirthschaftlichen Verhältnisse zu Oesterreich Rechnung tragen.

Die Interessen des Gewerbestandes würden im neuen Blatte eine warme Vertretung, und eine Regelung unserer gewerblichen Verhältnisse durch Schaffung autonomer Organe unter Wahrung der Gewerbe-freiheit würde in demselben rege Fürsprache finden.

In Handelsangelegenheiten würde das Blatt sich stets im Kontakte mit den berechtigten Wünschen und Bestrebungen des Handelsstandes halten und würde dem Handelstheile des Blattes eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Selbstverständlich würde die spezielle Berücksichtigung der Handel- und Industrieinteressen keine einseitige sein und niemals auf Kosten der vaterländischen Landwirtschaft geschehen, vielmehr dem Gedeihen derselben als der Grundlage des wirthschaftlichen Gedeihens in unserem Vaterlande überhaupt die möglichste Rücksicht gewidmet werden.

Zur Gründung eines solchen politischen und volkswirthschaftlichen Blattes, welches vom nächsten Herbst an unter dem Banner politischer und wirthschaftlicher Redlichkeit und Unabhängigkeit für die soeben entwickelten Grundsätze mit vorwiegender Berücksichtigung der Postulate des vaterländischen Bürgerthums eintreten soll, sucht ein provisorisches Komitee das erforderliche Gesellschaftskapital, welches als Gründungs- und Garantiefond den Bestand und die Unabhängigkeit dieses Blattes sichern soll, durch Zeichnung von Antheilscheinen aufzubringen. Die Zeichner werden Miteigenthümer des Blattes und sollen die programmgemäße Haltung desselben durch ein aus ihrer Mitte gewähltes Komitee überwachen können.

Das zu gründende Blatt wird keiner der bestehenden politischen Parteien dienstbar, daher bei der Besprechung der verschiedenen Phasen des öffentlichen Lebens durch keinerlei Rücksichten der Parteidisziplin gebunden sein, jedoch unablässig für natürliche gesündere Parteigruppierungen im Lande wie im Parlamente wirken.

Der Regierung gegenüber wird das Blatt keine prinzipiell oppositionelle Stellung einnehmen, sondern für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Regierung wie der Legislative stets das im Vorstehenden festgestellte Programm, d. h. die Prinzipien des Rechts, der politischen und volkswirthschaftlichen Moral und die Rücksichten des allgemeinen Wohles mit besonderer Berücksichtigung der Interessen des vaterländischen Bürgerthums als maßgebend erkennen.

An alle Gesinnungsgenossen im Vaterlande ergeht nun der Aufruf, sich in materieller und geistiger Beziehung an der Schaffung einer wahrhaft unabhängigen, keinerlei persönlichen Einzelinteressen, noch den Interessen einer Erwerbsgesellschaft oder Clique dienenden Zeitung auf Grundlage der oben auseinandergesetzten Prinzipien zu betheiligen.

B u d a p e s t, im Juni 1876.

Das provisorische Comité.

### III.<sup>46)</sup>

Obwohl die Bestrebungen nach Gründung eines Blattes, welches in voller Unabhängigkeit die Vertretung der Interessen des vaterländischen Bürgerthums vornehmlich deutscher Zunge zu seiner Aufgabe haben sollte, einer sehr erfreulichen Sympathie begegnet sind, und auf die Aufforderung des unterzeichneten Comité's sowohl die Zeichnungen für den Gründungsfond einen Zuwachs erfahren haben, als auch zahlreiche vorläufige Pränumerationen erfolgt, theilweise auch eingesendet worden sind, so hat sich dennoch die materielle Grundlage, auf welcher das Unternehmen die Garantien seines Bestandes in sich tragen sollte, als nicht genügend sicher gezeigt, um ohne Befürchtung eines Mißerfolges schon im Herbst des abgelaufenen Jahres vor die Oeffentlichkeit treten zu können.

Sowohl diese Erwägung, als die in den letzten Monaten stets ernster sich gestaltende politische Lage, welche das Interesse für innere Fragen momentan in den Hintergrund drängt, mußte das Comité, welches sich die Gründung eines solchen Blattes<sup>47)</sup> bestimmen, die Ausführung seines Vorhabens zu vertagen, ohne dasselbe jedoch im Mindesten aufzugeben.

Hievon glauben wir sämtliche Gesinnungsgenossen, die in irgend welcher Weise ihr Interesse für die Sache an den Tag gelegt haben, und auf deren künftige werththätige Unterstützung das Comité nach wie vor sicher zählt, mit dem Bemerken verständigen zu müssen, daß die bereits eingezahlten Beträge bei der I. ung. Gewerbebank deponiert worden sind und dort samt den in Raten einfließenden weiteren Zahlungen auf die für das Unternehmen gezeichneten Gründungs-Beträge solange erliegen werden, bis — hoffentlich noch in diesem Jahre — der geeignete Moment zur Realisirung des allseits als zeitgemäß anerkannten Unternehmens gekommen sein wird.

<sup>46)</sup> Foliobogen. Briefpapier. Auf einer Seite bedruckt. Am Anfang des Rundschreibens zwei vorgedruckte Linien für Anschrift und Anrede. (Buchdruckerei J. C. Wildens & Sohn). Steinackernachlaß. — Das Rundschreiben stammt laut eines im Steinackernachlaß befindlichen datierten Exemplars aus dem März 1877.

<sup>47)</sup> An dieser Stelle ist etwa das Wort „vornahm“ ausgefallen.

Das Comité wird dann nicht verfehlen, neuerdings an alle bisherigen Freunde der guten Sache zu appelliren und um Zuführung noch weiterer Gesinnungsgenossen zu bitten.

Die eingelaufenen Pränumerationsbeträge sind wir auf den etwaigen Wunsch der Betreffenden bereit, der I. ung. Gewerbebank zu entnehmen und zurückzuerstatten, wengleich zur Vermeidung einer neuerlichen Einladung und Einsendung zur Zeit des endlichen Erscheinens unseres Blattes die Belassung in dem erwähnten Institut uns erwünschter wäre.

Ebenso ersuchen wir die Zeichner von Gründungsbeiträgen, dieselben in möglichster Bälde eventuell in beliebig zu bestimmenden Raten einzahlen zu wollen, welche solange als das Blatt nicht erscheint, bei der I. ung. Gewerbebank deponirt werden und Eigenthum der Zeichner bleiben.

Schließlich haben wir den Gesinnungsgenossen zur Kenntniß zu bringen, daß etwaige Zuschriften und Sendungen nicht mehr an Herrn Hermann Behest zu richten sind, nachdem derselbe wegen anderweitiger Inanspruchnahme aus dem Comité ausgetreten ist. An dessen Stelle übernimmt alle Sendungen und die Ertheilung jeglicher Auskunft in Sachen der projectirten „Pester Presse“ und den brieflichen Verkehr mit den Gesinnungsgenossen sowie die Haftung für eingesendete Beträge im Auftrage des Comité's für Schaffung eines Organs des vaterländischen Bürgerthumes Reichstagsabgeordneter D. Steinader, Budapest, IV. Kronprinzgasse 2.

In der sichern Hoffnung, daß die Zeitverhältnisse bald gestatten werden, Ihnen in nicht ferner Zeit das Zustandekommen des für den vaterländischen Bürgerstand so wünschenswerthen Unternehmens melden zu können, zeichnet

Hochachtungsvoll

das provisorische Comité

B u d a p e s t , den . . . . .

der

„Pester Presse“.